STANDPUNKT
VON DR. RAINER DULGER

Es ist alarmierend: Laut aktuellen Zahlen fehlen der MINT-Branche fast 310.000 Arbeitskräfte. Soll die digitale Transformation in diesem Land gelingen, muss die Politik endlich umsteuern! Unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten wir uns nicht, wenn Deutschland international weiter als Dinosaurier auftritt – schon jetzt liegen wir in Sachen Digitalisierung im Vergleich weit hinter anderen Ländern.

Für viele Berufe in der digitalen Arbeitswelt sind in MINT-Studien- und Ausbildungsgängen vermittelte Kompetenzen unverzichtbar. Der Mangel an qualifiziertem Personal hemmt unser wirtschaftliches Wachstum. Die digitale Transformation und die demografischen Herausforderungen verlangen von der Politik zukunftsorientierte Rahmenbedingungen zur Sicherung von Fachkräften. In erster Linie muss die Politik die inländischen Potenziale endlich aktivieren.

Zentral wichtig ist es, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern. Fehlende Kita-Plätze sind der Grund, warum viele Frauen keiner Vollzeittätigkeit nachgehen können. Kitas und Ganztagsschulen müssen ein selbstverständlicher Teil unserer Bildungsinfrastruktur sein!

Die Politik muss sich auch ehrlich machen: Um gegen den Fachkräftemangel anzukommen, müssen wir über die Lebensarbeitszeit reden. Es gilt, ältere Menschen in den Betrieben zu halten – ihre Erfahrung und ihr Wissen werden gerade in Zeiten des Wandels dringend benötigt. Angst vor Wahlen darf nicht dazu führen, dass die Politik unsere Wirtschaft und unsere Wettbewerbsfähigkeit stagnieren lässt. Das Aus für die abschlagsfreie Rente mit 63 muss kommen!

Klar ist auch: Allein werden wir den Fachkräftemangel in den MINT-Bereichen nicht Herr werden. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung. Deshalb ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch ein richtiger Schritt. Fakt ist aber, dass nur wenig Menschen aus Nicht-EU-Staaten zu uns kommen möchten. Warum sollten sie auch, wenn auf sie hier nur ein Bürokratiedschungel wartet? Wir müssen die Migrationsverwaltung mit schlanken Verwaltungsverfahren besser aufstellen. Arbeitskräfte, die bereits einen Arbeitsvertrag haben und morgen anfangen könnten, warten monatelang darauf loszulegen.

Das ändert leider auch nicht das neue Ampel-Gesetz. Die Politik muss die Zukunft aber gestalten und nicht nur verwalten!

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr Dr. Rainer Dulger
Arbeitgeberpräsident